

V-30 Gerechte Reform statt Illusion: Gute Renten für Nachkriegsgeneration, Baby-Boomer und Gen-Z!

Antragsteller*in: Tjark Melchert (KV Gifhorn)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Die gesetzliche Rentenversicherung ist eine große Errungenschaft unseres
2 Sozialstaats. Durch sie wird auch nach dem Berufsleben die Arbeit wertgeschätzt,
3 welche die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler während ihres Erwerbslebens
4 für sich und die Gesellschaft geleistet haben. Die gesetzliche
5 Rentenversicherung ist die zentrale Säule der Alterssicherung in Deutschland.
6 Sie ist unabkömmlich, damit die Menschen auch im Alter finanziell abgesichert
7 sind. Es ist wichtig, dass sich die Menschen auch in Zukunft auf die
8 Altersvorsorge verlassen können. Das gilt für alle – für die Auszubildene, für
9 den Lehrling, aber insbesondere auch für die Menschen, die schon jetzt ihre
10 Rente beziehen. Gleichzeitig ist es wichtig, dass möglichst viele Menschen von
11 den zusätzlichen Säulen profitieren können: Betriebsrenten und private Vorsorge
12 sind von großer Bedeutung für eine funktionierende finanzielle Alterssicherung.
13 Denn am Ende ist entscheidend, welches Alterssicherungsniveau abgebildet werden
14 kann.

15 Gute Löhne und ein funktionierender Arbeitsmarkt sind zentral, um die
16 Umlagefinanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung abzusichern. Aber der
17 demografische Wandel stellt unseren Generationenvertrag vor große
18 Herausforderungen. Immer weniger Erwerbstätige zahlen in das gesetzliche
19 Rentensystem ein. Gleichzeitig steigt die Lebenserwartung und mit ihr die Zeit
20 des Rentenbezugs. In den 1960er Jahren kamen auf eine oder einen
21 Rentenbeziehenden noch sechs Beitragszahlerinnen und Beitragszahler. Heute liegt
22 das Verhältnis bei zwei zu eins mit sinkender Tendenz. Die Beiträge zur
23 Rentenversicherung liegen aktuell bei 18,6%. In den 1960er Jahren waren es rund
24 14 Prozent. In den kommenden Jahren droht ein deutlicher Anstieg des
25 Beitragssatzes. Die Hälfte der Beiträge wird von den Arbeitgebern getragen. So
26 hat das System auch Einfluss auf die Standortbedingungen für Unternehmen.
27 Steigende Lohnnebenkosten sind eine Bedrohung für die Wettbewerbsfähigkeit
28 unseres Standorts. Insbesondere der Renteneintritt der Babyboomer stellt unser
29 Rentensystem vor große Herausforderungen. Wir müssen eine Überforderung der
30 jungen Generation verhindern. Deshalb ist es von zentraler Bedeutung, unser
31 Alterssicherungssystem jetzt zu reformieren.

32 Für unser gesetzliches Rentensystem ist eine hohe Beschäftigungsquote
33 essenziell. Eine zentrale Aufgabe zur Stabilisierung des Systems ist es
34 deswegen, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsquote weiter zu
35 erhöhen.

36 Noch immer übernehmen Frauen den Hauptteil der Erziehungs- und Pflegeaufgaben in
37 Familien. Noch immer arbeiten sie deswegen oft in Teilzeit. Dadurch ist ihr Lohn
38 dann oft niedriger. Starke Bildungsinstitutionen mit guten Betreuungsangeboten
39 und ein funktionierendes Pflegesystem würden gerade sie entlasten. Sie bekämen
40 Freiräume, stärker am Arbeitsleben teilzunehmen. Der Rechtsanspruch auf
41 Ganztagsbetreuung kann dabei helfen und muss entsprechend umgesetzt werden.

42 Angesichts der kommunalen Finanzlage ist der Bund hier gefordert, Städte und
43 Gemeinden dabei zu unterstützen.
44 Zusätzlich müssen wir stärker die Arbeitspotenziale heben, die durch Migration
45 entstehen. Besonders die qualifizierte Zuwanderung ist nicht nur für unsere
46 Wettbewerbsfähigkeit wichtig, sie entlastet auch die gesetzliche
47 Rentenversicherung. Die Hürden für Geflüchtete auf dem Arbeitsmarkt sind noch
48 immer zu hoch. Das betrifft insbesondere auch die Menschen aus der Ukraine. Sie
49 sind oft gut ausgebildet, aber die fehlende Anerkennung ihrer Abschlüsse und
50 eine schlechte Betreuungssituation hindern sie, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu
51 fassen. Wir setzen uns für Regelungen ein, die eine Anerkennung von beruflichen
52 Qualifikationen wesentlich erleichtern.

53 Eine höhere Erwerbsquote alleine wird die Kosten des gesetzlichen Rentensystems
54 nicht begrenzen. Schon heute fließt etwa jeder vierte Euro aus dem
55 Bundeshaushalt an die gesetzliche Rentenversicherung. Das sind über 120
56 Milliarden Euro. Die von CDU, CSU und SPD geplante Haltelinie des Rentenniveaus
57 bis 2031 und die Ausweitung der Mütterrente kosten weitere Milliarden. Die
58 Haltelinie kostet im Jahr 2040 gut 15 Milliarden Euro an zusätzlichen Zuschüssen
59 aus dem Bundeshaushalt. Eine weitere Stufe der Mütterrente ist mit jährlichen
60 Kosten von fünf Milliarden Euro verbunden. Grundsätzlich ist es richtig, dass
61 eine Anerkennung der Erziehungsleistung unabhängig vom Geburtsjahr erfolgt.
62 Bisher müssen diese Kosten vor allem die jungen Generationen tragen. Nicht nur
63 beim wenig ambitionierten Klimaschutz handelt die schwarz-rote Koalition im Bund
64 gegen den Grundsatz der Generationengerechtigkeit. Auch mit ihrer Rentenpolitik
65 ignoriert sie die Interessen der jungen Menschen in unserem Land. Damit
66 gefährdet sie langfristig den bestehenden Generationenvertrag. Denn je mehr
67 Ausgaben für das Rentensystem im Bundeshaushalt gebunden sind, desto niedriger
68 sind die Spielräume für andere wichtige Aufgaben - Bildung, Forschung oder
69 Zukunftsinvestitionen. Deshalb brauchen wir strukturelle Reformen, die
70 sicherstellen, dass weder die Beitragssätze noch die Zuschüsse aus dem
71 Bundeshaushalt an die Rentenversicherung weiter dynamisch ansteigen und die
72 Rente gleichzeitig verlässlich bleibt. Die Wiedereinsetzung des
73 Nachhaltigkeitsfaktors im Altersvorsorgesystem ist ein erster Schritt für den
74 Interessenausgleich zwischen den unterschiedlichen Generationen. Demografische
75 und konjunkturelle Faktoren werden durch ihn stärker berücksichtigt. Darüber
76 hinaus sollte die steigende Lebenserwartung stärker bei der Lebensarbeitszeit
77 berücksichtigt werden.

78 Neben diesen Maßnahmen wollen wir die Anreize im System neu austarieren. Von
79 denjenigen, die die sogenannte Rente mit 63 bisher in Anspruch genommen haben,
80 war nur etwa jeder Dritte von harter körperlicher Arbeit belastet. Der
81 abschlagsfreie Eintritt in die Rente muss in Zukunft allein dieser Gruppe
82 vorbehalten bleiben.

83 Darüber hinaus gilt es die private kapitalgedeckte Altersvorsorge deutlich zu
84 stärken, um die langfristig hohen Renditen der Kapitalmärkte für ein
85 auskömmliches Einkommen im Alter stärker zu nutzen. Die nordischen Länder sind
86 hier gute Vorbilder. Wir benötigen einen öffentlichen Altersvorsorgefonds für
87 alle. Menschen, die bei ihrer Altersvorsorge nicht auf die Kapitalmärkte
88 zurückgreifen wollen, müssen eine Opt-Out-Möglichkeit für so einen Baustein der
89 Altersvorsorge bekommen.

90 Zusätzlich sollte die betriebliche Altersvorsorge transparenter und günstiger
91 werden. Mehr Wettbewerb zwischen privaten Anbietern, leichtere
92 Wechselmöglichkeiten zwischen Produkten und eine Begrenzung der Gebühren sind
93 wichtige Bausteine. Auch hier ist die Schaffung eines Basisprodukts möglich. Die
94 Absicherung für das Alter würde so für viele Menschen erleichtert.

95 Für diejenigen, die nach Erreichen ihres regulären Rentenalters weiterarbeiten
96 möchten, schlagen wir pragmatische Wege vor. So könnten diese Menschen
97 zusätzlich zu ihrem Lohn die Beiträge für Renten- und Arbeitslosenversicherung
98 ausgezahlt bekommen. Das wäre ohne erhebliche verfassungsrechtliche Risiken
99 möglich, wie sie die schwarz-rote Koalition für ihre Pläne für eine „Aktivrente“
100 in Kauf nimmt.

101 Außerdem gilt es, die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten
102 möglichst zu erhöhen. Zwar ist eine Bürgerversicherung auch im Bereich der
103 Alterssicherung unser langfristiges Ziel, allerdings braucht es dafür eine sehr
104 lange Übergangszeit. Zunächst gilt es, Verbeamtungen bei Bund, Ländern und
105 Kommunen auf die Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse zu konzentrieren.

106 Für diejenigen, deren Rente trotz langjähriger Beitragszahler unter dem
107 Existenzminimum liegt, halten wir an der Idee einer Garantierente fest.
108 Menschen, die den größten Teil ihres Lebens gearbeitet oder sich um Kinder und
109 andere Familienangehörige gekümmert haben, sollten im Alter eine Rente oberhalb
110 der Grundsicherung beziehen. Dies kann sichergestellt werden, indem die
111 innerhalb einer Mindestversicherungszeit erworbenen Ansprüche höher bewertet
112 werden. Die Garantierente soll ohne Bedürftigkeitsprüfung auskommen und
113 betriebliche sowie private Altersvorsorge sollen nicht angerechnet werden.

weitere Antragsteller*innen

Franziska Schubert (KV Görlitz); Laura Kraft (KV Siegen-Wittgenstein); Thomas Potthoff (KV Oldenburg-Stadt); Dennis Helmich (KV Halle); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Gollaleh Ahmadi (KV Berlin-Spandau); Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); André Höftmann (KV Fürth-Land); Elias Enderlein (KV Rhein-Erft-Kreis); Lukas Weber (KV Heidelberg); Martin Wolf (KV Miesbach); Christian Schubert (KV Rhein-Erft-Kreis); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Luise Lück (KV Berlin-Pankow); Lars Maximilian Schweizer (KV Ludwigsburg); Florian Pankowski (KV Bochum); Michael Kost (KV Erfurt); Caja Bureck (KV Friesland); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); sowie 50 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.